

AußenwirtschaftsNews – China

02/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Das chinesische Bruttoinlandsprodukt lag im vierten Quartal 2024 um 5,4 Prozent höher als im Vorjahresquartal. Auf Jahressicht betrug das Wachstum 5,0 Prozent. Das von der Regierung ausgegebene Ziel von „rund fünf Prozent Wachstum“ konnte demnach punktgenau erreicht werden.
- Insgesamt weist China ein stabiles Wirtschaftswachstum auf – wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau als in den 2000er und 2010er Jahren.
- Das höhere Wachstum zum Jahresende ist zugleich maßgeblich auf steigende Exporte zurückzuführen. Insbesondere die Ausfuhren nach Russland und in die USA konnten kräftig gesteigert werden. Die Exporte in die USA legten auch deswegen deutlich zu, weil viele Geschäfte vorgezogen wurden – aus Angst vor möglichen Zollerhöhungen.
- Die exportorientierte Industrie Chinas hat sich auch im Gesamtjahr 2024 überdurchschnittlich entwickelt. Die industrielle Wertschöpfung stieg um 6,1 Prozent.
- Auf der anderen Seite bleibt die Konsumstimmung in China weiter eingetrübt. Trotz verschiedentscher Versuche vonseiten der Regierung, den Binnenkonsum zu steigern, fassen die privaten Haushalte nur wenig Vertrauen. Sie halten sich mit privaten Investitionen und Konsumausgaben weiter zurück.
- Ein wichtiger Grund für die schwache Konsumstimmung ist die noch immer schwelende Immobilienkrise. Diese wirkt sich jedoch nicht nur auf die privaten Haushalte aus, sondern auch auf die öffentlichen Haushalte auf kommunaler Ebene. Der Verkauf von Bauland ist für diese eine wichtige Einnahmequelle.
- Es wird erwartet, dass die chinesische Regierung beim Nationalen Volkskongress im März auch für 2025 ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent als Ziel ausgeben wird. International gilt dieses Ziel als ambitioniert. Die Exporte in die USA dürften aufgrund der neuen Zölle unter Druck geraten. Darüber hinaus kämpft die Volksrepublik weiterhin mit dem schwachen Binnenkonsum und der anhaltenden Krise im Immobilienmarkt.
- Zwar hat die chinesische Regierung angekündigt, die Geldpolitik weiter zu lockern, ausländische Investitionen zu erleichtern und staatliche Programme zur Unterstützung des Binnenkonsums auszuweiten. Ob diese Maßnahmen ausreichen, um die Konjunktur relevant anzuschieben, gilt unter Beobachtern jedoch als unwahrscheinlich.

2 Handels- und Zollpolitik

- US-Präsident Donald Trump hat am Tag seiner Amtseinführung seinen Handelsbeauftragten dazu aufgefordert, die [Wirtschaftsbeziehungen zu China grundlegend zu überprüfen](#). Unter anderem sollen bis zum 01. April 2025 die Permanent Normal Trade Relations (PNTR) mit China untersucht werden. Der PNTR-Status garantiert China niedrigere Zölle beim Zugang zum US-Markt. Sollte China der Status entzogen werden, würde die Volksrepublik auf gleicher Stufe mit Belarus, Kuba, Nordkorea und Russland stehen. Dem Kongress liegen zwei Gesetzesinitiativen zur Änderung des Handelsstatus der Volksrepublik vor. Vorgesehen sind die Aufhebung des PNTR-Status, Zollsätze von 25 bzw. 100 Prozent für jeweils nicht-strategische und strategische Güter sowie eine Phase-in-Periode von fünf Jahren.
- Zudem verhängte Donald Trump am 01. Februar 2025 [Zusatzzölle von zehn Prozent auf alle Importe aus China](#). Sie werden seit dem 04. Februar erhoben. China hat bei der Welthandelsorganisation eine Beschwerde gegen die verhängten Zölle eingereicht. Außerdem reagierte die Volksrepublik mit [neuen Exportkontrollen](#) und [Gegenzöllen](#). Seit 04. Februar 2025 unterliegen die kritischen Metalle Indium, Molybdän, Wismut, Wolfram und Tellur Exportbeschränkungen. Am 10. Februar 2025 traten Zusatzzölle von 15 Prozent auf Kohle und LNG aus den USA in Kraft sowie von 10 Prozent auf Öl, landwirtschaftliche Maschinen und Pkw mit einem Hubraum von über 2,5l. Zudem hat China eine wettbewerbsrechtliche Untersuchung gegen Google eingeleitet.
- Neben den Gegenmaßnahmen als Reaktion auf Trumps Zollpolitik verfolgt China gleichzeitig eine Verhandlungsstrategie. Peking bereitet eine [Wiederaufnahme des Phase-1-Handelsabkommens](#) mit den USA vor. Das Abkommen von 2020 verlangte von China, die Käufe von US-Waren in einem Zeitfenster von zwei Jahren um 200 Milliarden Dollar zu erhöhen. Die chinesische Regierung plant nun, den USA Investitionen in Batterien von E-Autos anzubieten und die Exporte von Fentanyl-Vorprodukten zu limitieren. Zudem will Peking den USA zusichern, zukünftig nicht mehr seine Landeswährung für Preisvorteile abzuwerten.
- Das Geschäftsmodell chinesischer E-Commerce-Anbieter wie Temu, Shein und Aliexpress werden derzeit auf die Probe gestellt. Zunächst ordnete US-Präsident Donald Trump am 01. Februar 2025 die [Aufhebung der 800-Dollar-Zollfreigrenze](#) für Sendungen aus China an. Diese sogenannte De-minimis-Ausnahme ermöglichte bislang die zollfreie Einfuhr von Paketen mit einem Wert von bis zu 800 US-Dollar. Die plötzliche Aufhebung der Zollfreigrenze führte zu Störungen bei der Zollabfertigung sowie Post- und Zustelldiensten. Um dem Handelsministerium Zeit zu geben, ein tragfähiges Erfassungssystem zu etablieren, wird die [Aufhebung seit dem 05. Februar ausgesetzt](#). Auf der anderen Seite des Atlantiks rief die EU-Kommission die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, einen [Verordnungsvorschlag aus dem Jahr 2023](#) anzunehmen, mit dem die 150-Euro-Zollfreigrenze der EU aufgehoben werden würde. Auch die Bundesregierung forderte in ihrem [Aktionsplan zu E-Commerce](#) die Aufhebung des Schwellenwerts sowie eine Stärkung der Zoll- und Marktüberwachungsbehörden.

3 Schutzmaßnahmen

- Die EU-Kommission hat am 24. Januar 2025 [Antidumping- und Ausgleichszölle auf die Einfuhr von E-Bikes aus China](#) um weitere fünf Jahre verlängert. Eine Überprüfung ergab, dass E-Bike-Hersteller in China weiterhin von unfairen Subventionen profitieren und die Einfuhren in die EU zu Dumpingpreisen erfolgen. Die Maßnahmen wurden 2019 das erste Mal eingeführt und liegen zwischen 10,3 und 70,1 Prozent (Antidumpingzölle) bzw. 3,9 und 17,2 Prozent (Ausgleichszölle).
- Die Europäische Union hat am 10. Februar 2025 [endgültige Antidumpingzölle auf Importe von chinesischem Biodiesel](#) verhängt. Die Antidumpingzölle liegen zwischen zehn und 35,6 Prozent. Für Biodiesel der Konzerne EcoCeres (10,0 Prozent), Zhuoyue (23,4 Prozent) und Jiaao (35,6 Prozent) gelten unternehmensspezifische Zollsätze. Auf Importe von mitarbeitenden Unternehmen ist ein Zollsatz von 21,7 Prozent zu entrichten. Für alle übrigen Einfuhren gilt der Höchstsatz von 35,6 Prozent.

4 Wirtschaftspolitik

Berichten von [table.media](#) zufolge will Peking einige streng regulierte Sektoren für ausländische Investitionen öffnen. Das geht aus einem Aktionsplan hervor, der am 19. Februar 2025 veröffentlicht wurde. In Sektoren wie Telekommunikation, Biotechnologie und medizinische Dienstleistungen sollen die Marktzugangsbeschränkungen für ausländische Investitionen in ausgewählten Pilotregionen abgebaut werden. Bisher können ausländische Investoren in vielen Wirtschaftsbereichen nur unter strengen Auflagen oder über Joint Ventures mit chinesischen Unternehmen tätig werden.



Ansprechpartner

Tatjana Vargas

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442

tatjana.vargas@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422

Elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.